

DIE WELTWOCH

Wirtschaft

Diagnose: Wohlstandsschizophren

Die Schweiz steht gut da. Noch. Doch mit einer Flut von gutgemeinten Wünschen und Massnahmen greifen wir die Marktwirtschaft und den Privatsektor an.

Von Silvio Borner



Silvio Borner

Gemäss einem Index des Weltwirtschaftsforums in Genf (WEF) zählen wir zu den wettbewerbsfähigsten Ländern, und laut der Uno sind wir Schweizer die glücklichsten Menschen auf dem Planeten. Trotzdem verspüre ich ein gewisses Unbehagen über unsere Zukunft. Berechtigterweise – oder sind es überspannte Befürchtungen eines Vertreters der «dismal science», als die die Ökonomie bekannt ist?

Die Wahlen 2015 mögen parteipolitisch eine Wende gebracht haben, aber eine bürgernähere und liberalere Gesetzgebung und Regulierung steht noch in den Sternen. Zudem erkenne ich eine weitverbreitete Wohlstandsschizophrenie: Wir haben wirtschaftlich fast alles erreicht und erliegen dem naiven Glauben, das werde immer so bleiben. Wachstum ist nicht mehr prioritär, sondern führt angeblich zu Dichtestress, Ungleichheit und ökologischem Untergang. Technologiefindlichkeit ersetzt «schöpferische Zerstörung». Verzicht oder Suffizienz treten an die Stelle von Innovation und Effizienz. Aber wehe, wenn der Ausbau des Sozialstaates gebremst, der Wohnbau verdichtet oder die Subventionen für Bauern, den ÖV, Sportler oder gar

die Kultur gekürzt werden sollen! Dann spricht man von Sozialabbau, Rentenklau, Landschaftszerstörung oder Verlust von Service public, ja sogar von wachsender Armut. Ein in der Schweiz reich gewordener Elsässer proklamiert in einem Migros-TV-Spot, dass jedes zehnte schweizerische Kind von Armut betroffen sei.

Die Dogmen der Verzichtsprpheten

Die Vorschläge für die Alterssicherung sind alles andere als nachhaltig, weil sie weder das Rentenalter antasten noch den Umwandlungssatz angemessen anpassen. Ins Gewicht – aber leider nur negativ – fallen ausschliesslich die 1 bis 1,5 zusätzlichen Prozentpunkte bei der Mehrwertsteuer und die wahnwitzige Rentenerhöhung bei der AHV. Für die Reduktion unseres CO₂-Ausstosses um einen Zehntel eines - Promillepunktes der weltweiten Emission riskieren wir unseren Wohlstand. Viele Städte haben einer zahlenmässigen Verkehrsberuhigung zugestimmt. Doch die Zahl der Autos steigt pro Jahr um 60 000 munter weiter, ebenso steigt die Zahl gefahrener Kilometer. Die Innenstädte entleeren sich dank «Autofreiheit», aber die Agglos ersticken im Stau. In Basel wollen Verzichtsprpheten den Wohnraum auf 35 Quadratmeter pro Person limitieren, aber gleichzeitig den sozialen Wohnungsbau massiv ausbauen, damit der ständig wachsende Bedarf an Wohnraum «bezahlbar» bleibt. Mit der Formularpflicht will der Bundesrat die Kostenmiete durchsetzen, indem auch beim Mieterwechsel die Marktanpassung unterbunden werden soll. Der Konsumentenschutz entwickelt sich zum grössten Feind der Konsumentensouveränität. Das neue Lebensmittelgesetz verursacht enorme Folgekosten im Gastgewerbe, die Swissness-Vorlage nützt einmal mehr (aber auch nur kurzfristig) nur der Landwirtschaft, vertreibt aber wichtige Hersteller im Food-Sektor.

Der ehemals liberale Arbeitsmarkt wird in Riesenschritten zubetoniert: durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, durch eine Lohnpolizei gegen Diskriminierung und durch rigorose Kontrollen von Baustellen oder im Gastgewerbe. Ein (freisinniger) Bundesrat spricht offiziell von den «Scheinselbständigen», aber «Scheininvaliden» oder gar «Sozialschmarotzer» sind tabu. Und dies, obwohl eine halbstaatliche Sozialbürokratie de facto eine «bedingungslose Grundrente» geschaffen hat, die bei einer vierköpfigen Familie einem Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit von gegen 100 000 Franken entspricht. Wir schreiben die 2000-Watt-Gesellschaft in kantonale Verfassungen, aber brauchen munter weiter 6000 Watt. Wir wollen auf effiziente Importe von fossilen Energieträgern verzichten, und die kantonalen Baudirektoren wollen uns vorschreiben, dass wir in zwanzig Jahren ohne Gas und Öl heizen. Linke Mieterverbände sind aus ideologischen Gründen für die Energiewende, aber die Mieten dürfen deswegen natürlich nicht steigen. Wir sollen unseren Konsum aus

ökologischen Gründen einschränken, aber die Einkommen dürfen um keinen Rappen sinken. Jeder Landwirt kassiert jährlich etwa 50 000 Franken an staatlichen Beihilfen; davon leben in den ärmsten Ländern hundert Menschen ein ganzes Jahr. Die grösste Beschäftigungszunahme findet im und rund um den öffentlichen Sektor statt.

All das summiert sich und wird sichtbar bei der Arbeitsproduktivität, die – wie das Staatssekretariat für Wirtschaft kürzlich aufgezeigt hat – im internationalen Vergleich stark abgesackt ist. Die Wohlstandsdämmerung findet nicht nur in den Köpfen liberaler Ökonomen statt.